

Eidgenössische Volksabstimmungen vom 3. März

Gewerbler fassen die Parolen

Gleich drei Abstimmungsvorlagen vom kommenden 3. März erhitzen die Gemüter der Gewerbetreibenden: Die Abzocker-Initiative, der Bundesbeschluss über die Familienpolitik und natürlich ganz speziell die Revision des Raumplanungsgesetzes, gegen welches der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) ja bekanntlich erfolgreich das Referendum ergriffen hat.

Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, vertrat einmal mehr vehement den Standpunkt des Gewerbes und wies auf die wichtigsten Mängel des vorgeschlagenen Raumplanungsgesetzes hin. Der ursprünglich gute Gegenvorschlag des Bundesrates zur Landschaftsinitiative sei durch das Parlament dermassen modifiziert und verschlimmert worden, dass man nur noch die Notbremse ziehen konnte, so Bigler.

Als besonders stossend empfindet das Gewerbe den zentralistischen Ansatz des neuen Gesetzes, welches zu einer Bevormundung von Gemeinden und Kantonen führen würde. Wichtige Raumplanungsentscheide würden von Beamten in Bern gefällt, ohne Kenntnis der lokalen Gegebenheiten.

Weil nur noch für den Bedarf von 15 Jahren eingezont werden darf, komme es zu einer künstlichen Verknappung des Baulandes, was zu massiv höheren Preisen führen würde, befürchtet Bigler. «Die Zeche zahlen einmal mehr die Mieter!» Durch die erzwungenen Rückzonungen würde der Staat entschädigungspflichtig, was bis zu 37 Mia. Franken kosten würde. Dafür will der Gesetzgeber eine Mehrwertabgabe von mindestens 20% einführen. Das werde aber bei weitem nicht ausreichen, so dass letztendlich der Steuerzahler für die Differenz aufkommen müsste.

Abschliessend umriss Gewerbepräsident Bigler kurz seine Vorstellung von einer sinnvollen Raumplanung: Verdichtetes Bauen, Erhöhung der Ausnützungsziffern, Revitalisierung und Aufwertung der Stadt- und Ortskerne, ein besserer Schutz für Kulturland und vor allem wünscht er sich ein vereinfachtes Baurecht mit weniger Bürokratie. Nach einer kurzen Diskussion beschlossen die Mitglieder der Präsidentenkonferenz mit grossem Mehr die NEIN-Parole.

Die beiden anderen Abstimmungsvorlagen wurden von Nationalrat Walter Müller vorgestellt.

Familienpolitik: Staatsdiktat oder liberale Familienpolitik?

Nationalrat Walter Müller anerkannte zwar den Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder von erwerbstätigen Eltern, den neuen Verfassungsartikel über die Familienpolitik empfindet er aber als unnötigen Eingriff in unser föderalistisches System. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sei ein zentrales Element einer zeitgemässen Familienpolitik, betonte Müller. Was ihn

aber stört, ist das Staatsdiktat bei der Kinderbetreuung und die planwirtschaftlichen Instrumente, die dafür eingesetzt werden sollen. Für ihn sind nach wie vor der Kanton und die Gemeinden die richtigen Instanzen. Müller spricht sich deshalb klar gegen den vorliegenden Verfassungsartikel aus und empfiehlt ein NEIN. Die KGV-Präsidentenkonferenz beschliesst fast einstimmig die NEIN-Parole.

NEIN auch zur Minder-Initiative

Mit nicht weniger als 24 unflexiblen Verfassungsbestimmungen will die Minder-Initiative überrassene Gehälter und Boni verhindern. Das töne auf den ersten Blick zwar gut, sagte Nationalrat Walter Müller, die Initiative verspreche aber mehr, als sie halten könne. Zudem bringe sie einen massiven Einschnitt in die Wirtschaftsfreiheit. Dass etwas unternommen werden müsse, das steht für Müller ausser Frage: «Wir müssen jetzt den Preis zahlen für die Verfehlungen gewisser Wirtschaftskreise!» Der Missbrauch müsse bekämpft werden, ohne den Wirtschaftsstandort zu gefährden. Dazu ist der Gegenvorschlag das bessere Mittel, er wirkt schneller, er bevormundet die Aktionäre nicht und lässt den Unternehmen mehr Flexibilität. Er verzichtet auf teure Bürokratie bei den Pensionskassen. Der Gegenvorschlag verhindert falsche Anreizsysteme von vorn herein weil er ein verbindliches Vergütungsreglement vorschreibt. Auch hier folgten die Anwesenden dem Referenten und sagten einstimmig NEIN zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei».

Rückfragen können an folgende Person gestellt werden:

- Felix Keller, Geschäftsführer, Tel. 071 228 10 40

6. Februar 2013